

Pozener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Au onceu
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. S. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streissel,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadeschau.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendenk“.

Jr. 434.

Dienstag, 24. Juni.

1884.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährig für die Stadt Poznań 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlung kann zugleich mit dem Abonnement alle Postanstalten bestellt werden.

Inserate 20 Pf. die schriftgefasste Politik über einen Raum, Plakaten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 9 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Juni. Der Kaiser hat den Amtsrichter Zobr in Babern zum Richter bei dem Landgericht in Saargemünd, den Landrichter Michel in Saargemünd zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Babern, den Gerichtsassessor Dr. Kannengießer in Bensfeld zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Bensfeld, den preußischen Gerichtsassessor Schönbrod in Sierenz zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Sierenz und den Gerichtsassessor Traut in Masmünster zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Masmünster ernannt.

Der Notariaus-Kandidat Heinrich Wagner zu Bischheim ist zum Notar im Landgerichtsbezirk Straßburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Willgottheim, ernannt worden.

Der König hat den bisherigen Seminar-Direktor Sperber zu Eissen zum Regierungs- und Schulrat ernannt, und den seitherigen unbedeuteten Beigeordneten der Stadt Düren, Kaufmann Deutigen, in Folge der von den dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amts-dauer bestätigt.

Der Regierungs- und Schulrat Sperber ist der Regierung zu Breslau überwiesen worden.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung.

Berlin, 23. Juni. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Dr. v. Schelling.

Vizepräsident Freiherr v. Brandenstein eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen in der Entwurf einer Geschäftsssteuer (Börsesteuer.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung eines Entwurfs betreffend die Beschaffung eines

Dienstgebäudes für das Generalkonsulat in Shanghai.

worin ein Betrag bis zur Höhe von 260 000 Mark verwendet werden soll.

Abg. Dr. Reichenberger (Krefeld) hält die für den Bau ausgeworfene Summe für eine sehr hohe. Gleichwohl will Redner dagegen keinen Einspruch erheben, da er die Arbeitslöhne, die Materialkosten in Shanghai nicht kennt, wünscht aber, daß erst ein Plan hier vorliegt werde und daß dann die Regierung ein wachstümliches Auge auf die Ausführung des Planes habe. Die Vorarbeiten der Regierung scheinen jedoch noch nicht so weit vorgeschritten, wie es nötig wäre, um und legt den Plan des Konziliargebäudes vorlegen zu können.

Ohne weitere Diskussion wird die Vorlage hierauf in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung der

Aktiengesetz-Vorlage, welche nach dem Vorschlag des Präsidenten bis Artikel 207 eröffnet wird, dieselbe wird ohne Diskussion angenommen.

Art. 217a bestimmt, daß die Aktien auf einen Betrag von mindestens 1000 gestellt werden müssen. Für ein gemeinnütziges Unternehmen kann der Bundesrat die Ausgabe von Aktien, welche auf Namen lauten, zu einem geringeren, jedoch mindestens 200 Mark erreichenden Betrage zulassen. Auf Namen lautende Aktien, deren Übertragung an die Einwilligung der Gesellschaft gebunden ist, dürfen auf einen Betrag von weniger als 1000, jedoch nicht von weniger als 200 Mark gestellt werden. Das Gleiche gilt von Interims-scheinen.

Abg. Lipke beantragt und beschwört dem Art. 207a folgende Fassung zu geben: „Die Aktien müssen auf einen Betrag von mindestens 400 Mark gestellt werden.“

Staatssekretär Dr. v. Schelling: Seit ich die Ehre habe, hier zu erscheinen, in keine Berathung des Justizrats vorübergegangen, ohne daß ein Gegegentwurf wie der vorliegende verlangt worden. Das Bedürfnis dieser Vorlage ist doch also zweifellos. Eine Beratung dieser Vorlage bis zur Revision des Handelsgesetzbuchs würde nur dazu führen, daß die ganze große Vorarbeit der Kommission vorgeblieben wäre. Sie werden nemals eine Kommission finden, die mit so hingebendem Eifer und Sachverständnis der sich Aufgabe widmen wird, wie die Aktiengesetz-Kommission dieses Reichstags. — Der Antrag des Vorredners, den Minimalbetrag bis auf 400 statt 1000 Mark zu vermindern, muß ich dringend bitten abzulehnen. Die Annahme jenes Antrages würde die Dynastie der Generalversammlung, die Vergewaltigung verschaffen durch die Gründer bedeuten.

Abg. Dr. Porisch: Ich war Anfangs zweifelhaft, ob ich Anfangs des Antrags Lipke nicht die Wiederherstellung der Regierungsvorlage befürworten sollte, also die Festsetzung des Minimalbetrages auf 2000 Mark. Nach den Ergebnissen der Kommissionsberatung bitte ich Sir aber bei dem Vorschlag der Kommission zu bleiben. Im Allgemeinen wird überall die Minimalsumme von 1000 Mark für gerechtfertigt gehalten; wohl glaube ich, daß man mitunter, so bei gemeinnützigen Unternehmen, den Minimalbetrag niedriger fixieren könnte. Das sind aber Ausnahmefälle, für welche die weiteren Bestimmungen des Artikel 207a völlig ausreichende und befriedigende Lösung geben.

Abg. Sonnemann: Der Zweck dieser Vorlage muß darin bestehen, den Kapitalisten vor Verlusten zu schützen; ein Schutz ist es doch aber nicht zu nennen, wenn wir durch die Höhe des Minimalbetrages die kleinen Kapitalisten von dem Aktienverkauf ausschließen. Das ist ein Nachteil für die kleinen Kapitalisten wie für die Industrie selbst. In allen Ländern, wo man das Aktienwesen haben will, hat man gerade den Minimalbetrag erniedrigt, so gibt es in England schon Aktien für 1 Pf. St. Dort ist es dadurch möglich geworden, auch die Arbeiter in Besitz von Aktien zu setzen, woraus dann andererseits wieder die geistige Entwicklung der englischen Industrie beruht. — Wenn der Antrag überhaupt Aussicht auf Erfolg hätte, würde ich der besseren Übereinstimmung mit unserem Rechnungsweisen wegen nicht auf 400, sondern auf 500 Mark den Minimalbetrag festzusetzen beantragen.

Geh. Reg.-Rath Dr. Hagens führt aus, daß zahlreiche Handelskammern für die Fixierung des Minimalbetrages auf eintausend Mark eingetragen sind.

Abg. Dr. Hartmann: Das Aktiengesetz von 1870 hat, wie viel Theil daran auch die hoffnungsvolle Stimmung nach dem Kriege hat, die Schuld an der Schamlosigkeit des Gründerthums. Deshalb

und weil wir die wirtschaftlich Schwachen schützen wollen, treten wir für diese Vorlage ein. Wir wollen die kleinen Kapitalisten zu ihrem Vorteile, zu ihrem Schutz von den Aktiengesellschaften fern halten und deshalb werden meine politischen Freunde für den Vorschlag der Kommission stimmen. Wir haben uns in den Kommissionen bemüht, jeden Parteipunkt aufzugeben und die Vorlage rein sachlich zu behandeln. Wir haben Alles gethan in dem Wunsche, ein Gesetz zu Stande zu bringen, das dem ganzen Reichstage und der Regierung annehmbar erscheint.

Abg. Dr. Meyer (Halle): Auch ich kann bestätigen, daß die Kommission durchaus sachlich gearbeitet hat; ich habe daher keinen Anstand genommen mich zu versichern für die Kommissionsbeschlüsse einzutreten und hoffe, auch die Mehrzahl meiner Partei dafür zu gewinnen. Die Fixierung des Minimalbetrages auf 1000 Mark scheint mir die Rechte, die öffentliche Meinung und die gesamte Literatur hat sich dafür ausgesprochen. Wenn die Kommission 400 Mark als Minimalbetrag angenommen hätte, so hätte Abg. Lipke heute die gleiche Rede, die er für die Fixierung von 400 Mark gehabt, auch für die von 500 Mark halten können. 1000 Mark als Minimalbetrag mag in manchen Fällen hart erscheinen, aber die Ausnahmebestimmungen, die wir getroffen haben, geben genügende Rauten.

Abg. Frhr. v. Aufsess empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Kochbann: Der kleine Mann soll mit sicherem Zinsfuß sein Kapital sparen, aber nicht an Aktienunternehmen sich beteiligen, die er gar nicht überleben kann. Und deshalb ist es durchaus zu begründen, daß der Minimalbetrag nicht zu niedrig festgesetzt worden ist; daß der Betrag von 1000 Mark niedrig genug ist und es nicht des Beitrages von 2000 Mark der Regierungsvorlage bedarf, beweisen die übereinstimmenden Erklärungen der Handelskammern.

Abg. Büsing: Die Beschlüsse der Kommission, welcher die Regierung sich sehr entgegenkommen gezeigt hat, sind einstimmig gefaßt worden. Gerade aus der Partei, der der Antragsteller Abg. Lipke angehört, sahen mehrere sehr sachverständige Mitglieder in der Kommission und diese haben sich durchaus für die Ihnen vorliegenden Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen. Ich bitte Sie daher um unveränderte Annahme dieses wie der folgenden Artikel.

Die Diskussion wird geschlossen und sodann Art. 207a—209 unverändert und ohne Diskussion angenommen.

Art. 210a besagt in Abz. 1 und 2:

„In dem Falle, daß die Gründer nicht alle Aktien übernommen haben, ruft das Handelsgericht ohne Berzug einer Generalversammlung der in dem Verzeichnisse aufgeführten Aktionäre zur Beschlusshaltung über die Errichtung der Gesellschaft.“

Die Versammlung findet unter Leitung des Gerichts statt.“

Abg. Lipke beantragt, statt „Handelsgericht“ zu setzen „der Aufsichtsrat“ und statt „Leitung des Gerichts“ in Absatz 2 „Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths“.

Art. 210a wird unter Ablehnung des Antrages Lipke unverändert angenommen, ebenso die Art. 210 b—215.

Art. 215a bestimmt, daß eine Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft nicht vor der vollen Einzahlung desselben erfolgen darf.

Für Versicherungsgesellschaften kann der Gesellschaftsvertrag ein Anderes bestimmen.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, hinter „Versicherungsgesellschaften“ einzuschalten:

„und Gesellschaften, deren Aktien auf Namen lauten, und ohne Einwilligung der Gesellschaft nicht übertragen werden können.“

Unter Ablehnung dieses Antrages werden die Art. 215a—219 angenommen.

Die Berathung geht jetzt über auf die Art. 184—184c, welche angenommen werden. Es folgt die Berathung über

Art. 182, welcher bestimmt, daß zu der im Gesellschaftsvertrag vorbehalteten Einwilligung der Gesellschaft in die Übertragung von Aktien, welche auf einen Betrag von weniger als 1000 Mark gestellt sind, die Zustimmung des Aufsichtsrats und der Generalversammlung erforderlich ist.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, die Worte „und der Generalversammlung“ und ebenso den letzten Absatz des Artikels, der die Übertragung anderer Aktien, welche auf Namen lauten, durch Indossation auslässt, zu streichen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Mehrheit der deutsch-rechtsinnigen Partei abgelehnt und hierauf Art. 182, 183, 190, 221, 222, 190a und b, 222a, 223, 194/5, 224, 191/2, 225—231, 196a, 232—239a, 185, 239b, 240—248, 173/4 unverändert und ohne Diskussion angenommen.

Art. 174a handelt von der Höhe der Einlagen, mit denen die persönlich haftenden Gesellschafter bei Errichtung der Gesellschaft sich zu beteiligen haben.

Ein Antrag des Abg. Lipke auf Streichung dieses Artikels wird abgelehnt, der Antrag 174a und ebenso die Art. 175—206a unverändert debatlos angenommen.

Das Haus genehmigt dann ohne Diskussion die Art. 249, 249 a—c.

Art. 249d bestraft:

„1. Wer in öffentlicher Bekanntmachung falsche Thatsachen vorstiegt oder wahre Thatsachen entstellt, um zur Beihilfe an einem Aktienunternehmen zu stimmen.“

Abg. Dr. Meyer (Halle) beantragt folgenden Zusatz:

„Ist die öffentliche Bekanntmachung ad 1 in einer periodischen Druckschrift erfolgt, so findet § 20 Alin. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 keine Anwendung.“

Redner führt aus, daß § 20 des Pressegesetzes den Redakteur verantwortlich und strafbar macht für den Inhalt jedes Artikels. Art. 249d aber bezeichnet jeden Redakteur, der aus Geschäftsunkenntnis ein Inserat aufnimmt, von dem er nicht konstatieren kann, ob die darin vorgebrachten Thatsachen richtig sind. Die Folge dieser Bestimmung würde sein, daß jeder Redakteur verzichten müsse, überhaupt eine Notiz über Aktiengesellschaften zu bringen, da er ja nie genau weiß, ob die darin angegebenen Thatsachen richtig sind. Mein Antrag sucht diese Gefahr für die Presse zu vermeiden und deshalb bitte ich Sie um Annahme des Zusatzes.

„Ist die öffentliche Bekanntmachung ad 1 im Inseratenteil einer periodischen Druck-

schrift erfolgt, so findet § 20 Alin. 2 des Pressegesetzes keine Anwendung.“

Wir anständigen Leute — führt Redner aus — und wie ich glaube, auch alle Redakteure müssen sich freuen, wenn die Unfälle der Börsenreklame im redaktionellen Theile endlich aufhort. Ich wünsche daher, daß, um diesen Reklamen den Nimbus der Glaubwürdigkeit zu nehmen, für den Redakteur § 20 des Pressegesetzes, der zum redaktionellen Inseraten teil gehört, keine Anwendung finden soll. Mein Antrag will die Presse aller Parteien schützen und deshalb erhoffe ich seine Annahme.

Während dieser Rede ist Fürst Bismarck eingetreten.

Staatssekretär Dr. v. Schelling: Abg. Dr. Meyer geht in seinem Misstrauen gegen das Pressegesetz wohl zu weit. Wenn ein Redakteur bei der Aufnahme eines solchen Artikels getäuscht worden, so wird sich derselbe nicht zu scheuen haben, dem Richter das Sachverständnis darzulegen und den Einsender des Artikels namhaft zu machen. Gählt der Richter aber auf diese Weise die Überzeugung, daß der Redakteur das Dosei einer Täuschung geworden, dann sind eben solche „besondere Umstände“ dargethan, welche nach § 20 Absatz 2 des Pressegesetzes die Annahme der Thätigkeit ausschließen. Ich glaube daher nicht, daß die Regierungen dem Antrage Meyer zustimmen können, ebensoviel dem Antrage Traeger, durch welche anonyme Inserate sortenstraflos bleiben werden.

Abg. Dr. Majunk: Nach den Erfahrungen, die wir in der Gründerperiode gemacht haben, wo Milliarden Mark des Volksvermögens durch schwindelhafte Inserate verloren gegangen sind, können wir als Volksvertreter nicht dazu unsere Stimme geben, daß durch den Antrag Meyer wieder alle Schleusen der Volksverführung aufgezogen werden. Ebenso wenig kann ich dem Antrag Träger zustimmen, denn durch ihn werden die Inserate straflos, und diese Inserate werden von den kleinen Leuten weit mehr und aufmerksamer studiert, als der redaktionelle Theil. Ich bin durchaus gegen die Härten des Pressegesetzes, aber vergessen Sie nicht, hier handelt es sich nicht um Pressegerechtigkeit, sondern um Betrugsfreiheit.

Abg. Dr. Hartmann bittet um Ablehnung beider Anträge.

Abg. Dr. Windthorst: Ich glaube doch, dieser Artikel 249 d stellt eine Forderung auf, der kein Redakteur, und wäre er der gewissenhafteste, genügen kann. Nicht der Redakteur hat seine Unschuld, sondern der Richter hat die Schuld des Redakteurs zu erwiesen. Wenn wir heute auch eine Änderung des § 20 des Pressegesetzes beschlossen, so würde dazu noch immer die Zustimmung des Bundesrates nötig sein. Ich will Reklamen aus dem redaktionellen Theile verbannen, den Redakteur aber auch bei Inseraten nur frei lassen, wenn das Inserat nicht anonym, sondern unterzeichnet ist; deshalb beantrage ich, dem Antrag Träger ein Amendment hinzuzufügen: „wosfern das Inserat unterzeichnet und der Unterzeichner im Bereich der richterlichen Gewalt eines Bundesstaates sich befindet.“

Abg. Dr. Meyer zieht seinen Antrag zu Gunsten des kombinierten Antrags Träger-Windthorst zurück.

Abg. v. Nechtritz bittet um Ablehnung des Antrages.

Staatssekretär Dr. v. Schelling: Die Ermittelung des Verfassers eines Inserats, auch wenn sein Name genannt ist, würde doch immer noch große Schwierigkeiten machen können. Der Antrag ruft geradezu die Organisation von Leuten hervor, welche ihren Namen zur Unterzeichnung gegen Belohnung hergeben.

Abg. Richter (Hagen): Dieser Einwand ist doch nicht stichhaltig. Die Unterzeichnung eines Inserats durch ein heruntergekommenes Subjekt würde doch keinen Menschen heranlocken, sondern eher abschrecken. Was die Anpreisungen der Gesellschaften, der schlechten Gründungen in jener Gründungsperiode so verführerisch gemacht hat, waren nicht die Namen heruntergekommener Subjekte, sondern Namen von Herzogen. (Beifall links.)

Der Antrag Traeger-Windthorst wird hierauf abgelehnt; dagegen stimmen die gesamte Rechte, die Mehrzahl der Nationalliberalen und ein Theil des Zentrums.

Art. 249d und ebenso die noch ausstehenden der Vorlage werden unverändert angenommen, womit die Tages-Ordnung erledigt ist.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Reitstengesetz, Petitionen, Bericht über die Wahl des Abg. Leidinger (Sachsen).

Schluss 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. Juni. Merkwürdiger Weise hat die heutige Ankündigung des Präsidenten, daß der Entwurf des Geschäftsgesetzes eingegangen sei, im Reichstage Sensation hervorgebracht, und auch in manchen der beteiligten geschäftlichen Kreise wird sie wie eine Enttäuschung wirken: hatte doch selbst die „Kreuzztg.“ das Märchen, daß der Entwurf gar nicht an den Reichstag gelangen werde, so

doch kein Zweifel, daß ein solcher Entwurf nicht seitens Preußens eingebracht, und daß er nicht im Bundesrat genehmigt werden konnte, ohne daß der Kanzler im Allgemeinen damit einverstanden ist. Es mag immerhin sein, daß für ihn dabei in erster Reihe die finanzielle Seite der Sache in Betracht kommt — hat doch die ganze politische Entwicklung seit fast zehn Jahren ihren Ausgangspunkt in dem Bestreben des Fürsten Bismarck, neue Einnahmewellen für das Reich zu eröffnen; aber das ändert nichts an der Irrthümlichkeit der Ansicht, die Gegner des Geschäftsteuerentwurfs könnten den Kanzler als ihren Bundesgenossen betrachten. Sehr mißfällig wird der Ton bemerkt, in welchem die, jedenfalls im preußischen Finanzministerium verfaßte Begründung des Entwurfs gehalten ist: sie nimmt die Bedenken, welche wegen der zu befürchtenden Schädigung des zu besteuernenden Geschäftsverkehrs laut geworden, überaus leicht, indem sie dagegen z. B. geltend macht, dieser Verkehr ertrage ja andere, größere Lasten, beispielsweise Provisionen und Courtagen! Als ob diese nicht die Gegenleistung für eine Leistung wären, und als ob die Möglichkeit der Belastung gar keine Grenze hätte! — Die erste Nummer der „Demokratischen Blätter“, einer neuen Wochenschrift, welche das Organ der nicht der freisinnigen Partei beigetretenen kleinen Gruppe aus der Fortschrittspartei werden soll, liegt jetzt vor. Da dieser Versuch, eine äußerste Linie demokratischen Bekennnisses auch in Norddeutschland zu schaffen, für die Entwicklung der Parteiverhältnisse möglicherweise wichtig werden kann, so wird man dem neuen Blatte einige Aufmerksamkeit zu schenken haben. Die erste Nummer läßt über die Bestrebungen derselben aber nur sehr wenig auf. Ein programmatischer Artikel über „die Grundbedingung sozialer Reformen“ kommt nicht über die Darlegung hinaus, daß die „Freiheit“ die Grundbedingung solcher Reformen sei — womit offenbar Angehörige der Thatssache, daß auch die den Liberalen unannehbaren sozialpolitischen Beschlüsse von einem aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag gefaßt worden, nicht sehr viel gesagt ist. Vielleicht werden die folgenden Nummern einen prägnanteren Inhalt haben.

Der Bundesrat ist mit seinen legislatorischen Arbeiten für diese Session zu Ende; er wird noch etwa 10 oder 12 Tage nach dem Schluß des Reichstages beisammen bleiben und sich dann längere Ferien bis zum Herbst gönnen. Die Reichsämter werden in der nächsten Zeit eine um so größere Tätigkeit zu entwickeln haben.

Dem Reichstage wird noch in dieser Session ein Nachtrag setzt, behufs Bereitstellung der zur Errichtung des im Unfallversicherungsgesetze vorgesehenen Reichsversicherungssamtes erforderlichen Geldmittel zugehen.

Der Budgetkommission des Reichstags ist nunmehr auch eine Nachweisung der Einnahmen der Reichskasse für die Zeit vom 1. April bis Ende Mai 1884 verglichen mit dem Vorjahr zugegangen. Die Gesamtentnahme für diese beiden Monate weist ein Mehr gegen das Vorjahr von 8 229 264 Mark auf. Die Mehreinnahmen betragen bei der Tabaksteuer 289 442 Mark, bei der Rübenzuckersteuer 6 567 037 Mark, Salzsteuer 190 291 Mark, Branntweinsteuer 407 403 Mark, Brau- und Steuerabgaben für Wertpapiere 175 601 Mark, Post- und Telegraphenverwaltung, 1 871 608 Mark, Patentgebühren 19 690 Mark, Gerichtskosten 8 997 Mark. Dagegen Mindereinnahmen Bölle 855 750 Mark, Spieltkartenstempel 7 307 Mark, Wechselstempel 10 409 Mark, statistische Gebühr 3 961 Mark, Eisenbahnverwaltung 40 470 Mark. Die übrigen Reichseinnahmen sind nicht aufgeführt, weil dieselben sich für die kurze Periode von 2 Monaten nicht aufstellen lassen. Ein endgültiges Urtheil über die Finanzlage ist auf Grund der mitgeteilten Ziffern nicht möglich. Beispielsweise ist die Mehreinnahme von 6,5 Mill. M. bei der Rübenzuckersteuer nur eine vorläufige und bleibt von der Bewegung des Exports abhängig.

Dompfer „Taormina“ mit dem Ablösungskommando für S. M. Kanonenboot „Albatros“ ist am 21. Juni cr. in Sydneys eingetroffen. — S. M. S. „Adalbert“, Kommandant Kapitän zur See Menzing L. 12 Geschütze, ist am 9. Mai cr. in Hongkong eingetroffen und am 15. desselben Monats nach Nagasaki in See gegangen.

Bpest, 23. Juni. Nach den nunmehr vorliegenden Resultaten über die Parlamentswahlen wählten von 413 Bevölkeren 231 Liberale, 59 Abgeordnete, welche der gemäßigten Opposition angehören, 73 Unabhängige, 16 Nationale, 10 keiner Partei Angehörige und 17 Antisemiten. 7 Nachwahlen sind erforderlich. Die Majorität der liberalen Partei beträgt 56. Mit den Stimmen der keiner Partei Angehörigen verfügt die Regierung in der neuen Kammer über eine große magyarische Majorität.

Paris, 23. Juni. In der Deputirtenlamer gab der Konseilpräsident Ferry eine Übersicht über die Verhandlungen zwischen den Regierungen von England und Frankreich betreffend die egyptische Angelegenheit und hob hervor, daß die politische Klugheit geboten habe, den vollendeten Thatsachen Rechnung zu tragen und dem Minister zu entsagen. Egypten sei weder englisch noch französisch; Egypten sei ein Werk des ganzen Europas. Die egyptische Frage werde nie aufhören eine europäische Frage zu sein und Niemand habe dies in höherem Maße anerkannt als das Kabinett Gladstone. Grade mit Gladstone könne Frankreich die Frage der Aufrechterhaltung der Harmonie zwischen beiden Ländern am besten regeln, welche Harmonie für den Frieden und die Freiheit der Welt durchaus notwendig sei. (Beifall.) Der Konseilpräsident erklärte weiter, daß die mit der englischen Regierung gewechselten Depeches die falschen Auffassungen beseitigt und ein Einverständnis herbeigeführt hätten.

Unter diesen Depechen ist die hauptsächlichste eine Depeche Waddington's an Granville vom 17. Juni. In derselben bestätigt Waddington den Empfang der englischen Note vom 16. Juni, in welcher die Ansichten Englands entwickelt werden und konstatiert, daß England sich in dieser Note verpflichtet, seine Truppen mit Anfang

des Jahres 1888 aus Egypten zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß die Mächte alsdann der Meinung sind, daß die Räumung möglich sei, ohne den Frieden und die Ordnung in Egypten in Frage zu stellen. Waddington resumiert sodann den finanziellen Theil der englischen Note betreffs Ausdehnung der Vollmachten der Schulden-Kommission, welche besagt sein soll, von dem Budget pro 1885 ab jeder Ausgabe ihr Veto entgegenzusetzen, welche eine Vergrößerung des Budgets mit sich bringt. Die Kommission soll vom Jahre 1886 ab eine berathende Stimme bei der Aufstellung des Budgets haben. Nach der Räumung Egyptens vor englischen Truppen soll die Kommission berechtigt sein, eine finanzielle Aufsicht in der Weise auszuüben, daß sie der regelmäßigen und ungewöhnlichen Erhebung der Einnahmen gestoppt ist. Der Präsident der Kommission soll ein Engländer sein. Waddington konstatiert endlich, daß die englische Regierung in der Note vom 16. Juni die Verpflichtung eingeht, den Mächten und der Flotte entweder während der englischen Okkupation oder im Moment der Räumung vorzulegen: erstens einen Entwurf bezüglich der Neutralisierung Egyptens gemäß den bei Belgien in Anwendung gebrachten Grundsätzen, zweitens einen Entwurf bezüglich des Suezkanals in Gemäßheit der von Lord Granville in seiner Circularnote vom 3. Januar 1883 entwickelten Grundsätze. Waddington sagt weiter, daß Frankreich die Ankündigung dieser beiden Entwürfe mit Genugtuung entgegen genommen habe und davon ist nehm; Frankreich akzeptiert die verschiedenen in der Note vom 16. Juni enthaltenen Vorschläge, welche die Ziele der englisch-französischen Verständigung darstellen. Waddington hebt schließlich den Geist der Mäßigung und die freundliche Gestaltung hervor, welche bei den Verhandlungen hervorgetreten wären und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Verständigung die England und Frankreich vereinigenden Bande noch enger knüpfen werde.

Konseilpräsident Ferry führte weiterhin aus, die Behauptung, daß der Widerspruch einer einzelnen Macht England würde berechtigen können, die Okkupation zu verlängern, sei unbegründet. Wenn unglückliche Verhältnisse die Frist als zu kurz bemessen erscheinen lassen sollten, würde Europa, nicht England, darüber zu entscheiden haben. Der Minister weist auf die von England eingegangene Verpflichtung hin, die Neutralisierung Egyptens und des Suezkanals zu beantragen, und sieht darin einen Beweis für die Unrechtmäßigkeit in der Politik des Kabinetts Gladstone. Dies wiegt den Verzicht auf die doppelte Kontrolle völlig auf. Der Minister erläuterte die englischen Zugeständnisse in Betreff der finanziellen Frage und betonte, daß nach dem Abzug der englischen Truppen die internationale Schuld kommission alle Befugnisse haben werde, welche die frühere Kontroll-Behörde besessen habe. Die gleichzeitigen Angriffe der Oppositionen in Frankreich und England gegen das getroffene Arrangement gaben den Beweis, daß keine von beiden Regierungen zu weit gehende Zugeständnisse gemacht habe. (Beifall.) Auf den Antrag des Deputirten Delafosse wurde die Beiprechung seiner Interpellation, betreffend die egyptische Angelegenheit auf nächsten Donnerstag verlängert.

Petersburg, 21. Juni. Wie das „St. Pet. Evangel. Sonnt.-Blatt“ hört, ist die russische Traktatgesellschaft, an deren Spitze Herr v. Paschkow und Graf Korff stehen, von der Regierung aufgelöst und der Druck weiterer Traktate verboten worden. Herr v. Paschkow muß, da er nicht versprechen konnte und wollte, von der Verbreitung seiner religiösen Überzeugungen in Zukunft abzustehen, binnen 14 Tagen Russland verlassen. Ebenso ist Graf Korff Landes verwiesen. Die der Gesellschaft gehörigen Traktate, welche sämtlich die Zensur passirt hatten, sollen verbrannt werden. — Dieser Tage ist die Frage von einem Einfuhrzoll auf Gußeisen und Stein Kohle im Reichsrath in positivem Sinne entschieden worden; die Opposition war nur eine geringe und die entsprechende Tarifveränderung ist binnen Kurzem zu erwarten. Die „Now. Wr.“ begrüßt das als eine „Befreiung unserer Montan-Industrie von einem 25jährigen Drude“ mit großer Freude und glaubt nunmehr zur Hoffnung berechtigt zu sein, daß auch die Frage von Zoll auf landwirtschaftliche Maschinen, auf Kupfer, feines Sorten Eisen, sowie die Frage von der Aufhebung der „widerstinkenden Zollprivilegien“ Finnlands im Herbst in der inneren Industrie ebenso glinstigem Sinne entschieden würden. — Die Bildung eines Amur-Generalgouvernements, die aus politischen und strategischen Rücksichten China gegenüber notwendig erscheint, ist, wie die „Now. Wr.“ berichtet, nunmehr eine beschlossene Thatsache. Nur hat der Reichsrath für überflüssig erachtet, schon gleich jetzt die projektierte neue administrative Eintheilung des Landes auszuführen. Desgleichen wird zunächst dem Generalgouverneur noch keine bestimmte Stadt als Residenz angewiesen. Zum Generalgouvernement wird auch das Transbaikal-Gebiet hinzugezogen.

Warschau, 21. Juni. [Private Mitteilung] Wie erinnerlich, hatte unlängst eine Generalversammlung der Aktionäre der Lodzer Fabrikbahn, bald darauf auch eine solche der neuen Linie Iwangorod-Dombrowa die Verschmelzung der beiden Bahnen oder vielmehr den Übergang der ersten an die letztere beschlossen. Die ministerielle Bestätigung dieses Arrangements ist indessen bis heute sehr zweifelhaft und dies zwar aus dem Grunde, weil sich die Verwaltungen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Linie aus Konkurrenz-Befürchtungen zuständigen Ortes um die gemeinschaftliche Erwerbung der Lodzer Fabrikbahn bemühen und der russischen Regierung respektable Gegenleistungen in Aussicht stellen. Die Frage wurde auch in der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Warschau-Bromberger Eisenbahn zur Sprache gebracht und der Verwaltungsrath bezüglich der nach dieser Richtung zu unternehmenden Schritte mit den nötigen Vollmachten betraut.

H. Generalversammlung des Verbandes deutscher Müller. (Original-Bericht d. „Pos. Stg.“)

Breslau, 23. Juni. Nachdem der Verbandsausschuß in seiner gestrigen geheimen Sitzung interne Angelegenheiten erledigt hatte, fand heute der erste öffentliche Verbandstag im großen Liebisch'schen Saale bei sehr zahlreicher Beteiligung statt. Der Vorsitzende, welcher die Versammlung begrüßt und eröffnet, gibt einen kurzen Rückblick auf die Erwerbsverhältnisse, auf die Einwirkung derselben auf die Mühlenindustrie, welche unter den Konsequenzen einer Reihe gesetzgeberischer Verordnungen zu leiden hat, aber wohl erwarten darf, daß an makelbader Stelle endlich ihre Wünsche und Bedürfnisse beachtet werden. Namens der Stadt Breslau begrüßt darauf Stadtrath Schmuck die Versammlung, indem er die landwirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse Schlesiens beleuchtet, für welche die Stadt Breslau durch geeignete Vorbereitungsschulen gleichfalls nach Möglichkeit sorgt. Der Vorsitzende des Schlesischen Provinzialvereins überreicht für die Versammlung eine Schleife, für welche der Präsident dankt. Letzterer berichtet darauf über die Tätigkeit und die segens- und umfangreiche Wirksamkeit des Verbandes im letzten Jahre, speziell über die Mehluntersuchungen, die Ausführung des Kranken- und Unfallgesetzes etc. Unter der Devise „Wo uns der Schuh drückt“ gibt Mühlendesitzer Klerke, Valde, nachdem er die ungünstige Lage der Mühlenindustrie anderen Gewerbetreibenden gegenüber kurz charakteristisch hatte, Mittheilungen über die Erfahrungen der Mühle auf technischem Gebiete. Insbesondere warnt Redner vor der Anschaffung von Maschinen, welche nicht genügend leisten und den Mühlen viel Geld kosten. Mit größter Vorsicht und unter sorgfältiger Prüfung müßten alle Neuerungen erst erprobt werden, und erst wenn sich die Versuche, für welche die Zentralleitung ganz besonders empfehlenswert, als gelungen erwiesen haben, sind die Neuerungen einzuführen, über deren Vor- und Nachtheile jeder Interessent der Zentralleitung mittheilen müßte. Von den verschiedenen Rednern wurden dann als Nachtheile des Mühlgewerbes bezeichnet die Überproduktion, die Ungleichheit der Bahn tarife für die verschiedenen Produktionsorte, von denen namentlich Berlin und Dresden gegenüber den Provinzialstädten ganz besonders bevorzugt sind, daß unberechtigte Differenzialen an der Börse, das leichtsinnige Kreditgeben. Herr Schlitt-Berlin, welcher die Mühlendesitzer Klasse in Berlin eingehend darlegt, beweist den gegenwärtigen Behauptungen gegenüber, wie notwendig die soliden Deckungsgefäße an der Börse für jeden Interessenten, Industriellen, Händler und Landwirth sind, weil er sonst eo ipso zu einem Spieler wird, der selbst das größte Misstrauen tritt.

Der Präsident teilt mit, daß vorbereitende Schritte bei der Staatsregierung gethan sind, um im Verein mit anderen Gewerben eine Versuchsstation für die Technik der Mühlenindustrie in Berlin zu begründen, was voraussichtlich in Nähe gelingen dürfte. Nach einer fünfständigen Pause referierte der Vorsitzende über den Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung. Aus demselben erwähnt Redner die Schwierigkeiten, welche die Ausschließung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter verursacht, und schließt schließlich folgende Resolutionen vor, welche einstimmig angenommen wurden:

- 1) Der Verband will bei dem Ausführungsgesetze konstatieren wissen, daß die in einer Berufsgenossenschaft versicherten Arbeiter auch dann als versichert gelten, resp. versicherungsfähig sind, wenn sie vorübergehend in einem mit dem Hauptberufe in Verbindung stehenden Nebengewerbe, speziell auch in der Landwirtschaft verendet werden.
- 2) In der Generalversammlung einer Genossenschaftsversammlung haben nicht die einzelnen Mitglieder, sondern nur die Delegierten der Sektionen Stimmrecht.
- 3) Innerhalb 4 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für den Mühlenbetrieb die Bildung einer Berufsgenossenschaft zur Unfallversicherung zu beantragen und
- 4) Diese Berufsgenossenschaft auf das ganze deutsche Reich auszudehnen.

Die Versammlung dankt dem Vorsitzenden für die Fürsorge und umfangreichen Vorarbeiten, welche für die Ausführung dieses so wichtigen Gesetzes im Interesse des Mühlgewerbes geleistet sind.

Herr Ingenieur Hein-Stettin erläutert schließlich, nachdem er die Entwicklungsgeschichte der Turbinen bis jetzt gegeben hatte, sein Referat über die Reaktions- und Aktionsturbinen durch Vorführung von funktionirenden Modellen der verschiedenen Systeme, worauf die Sitzung um 3 Uhr geschlossen wird.

Um 5 Uhr findet ein Festessen und Abends ein Gartenfest im Liebisch'schen Etablissement statt. In den Gartenlokalitäten des letzteren ist eine ansehnliche, meist von schlesischen und sächsischen Fabrikanten besuchte Ausstellung von allerlei technischen Neuerungen und Maschinen im Mühlgewerbe.

Aus dem Gerichtssaal.

L. Posen, 23. Juni. [Schwurgericht: Meineid, Anklage gegen Meineid.] Angeklagt sind der Tagelöhner Ferdinand Schiller aus Bnin wegen wissenschaftlichen Meineids und die Dienstmagd Bertha Neumann aus Koblowo, Kr. Schildm., wegen Anklage Neumann im Zivilprozeß bei dem Amtsgericht Schrimm gegen ihren früheren Dienstherrn, Gutsbesitzer Emil Rolin in Elsenau, auf rückläufigen Lohn für das erste Halbjahr 1883 und Herausgabe ihrer Kleidungsstücke, indem sie behauptete, am 1. Januar 1883 bei Rolin in Dienst getreten zu sein. Rolin machte den Einwand, daß Klägerin erst 3 Wochen später zugezogen sei. Es wurde daher über diesen Streitpunkt vom Amtsgericht Schrimm Beweis erobert. Klägerin benannte zunächst als Zeugin für ihren am 1. Januar angeblich erfolgten Dienstantritt die Dienstmagd Anna Ast. Der Termin zur Beweisaufnahme stand am 22. Januar 1884 an. Klägerin fuhr an diesem Tage zur Wahrnehmung des Termins Morgens aus Koblowo, wo sie in Dienst stand, nach Schrimm ab. Unterwegs in Bnin traf sie den Angeklagten Schiller, welchen sie noch von ihrer Dienstzeit bei Rolin kannte. Sie ließ das Fuhrwerk halten und bat den Kutscher Kraslawicz, den Schiller in den Wagen aufzunehmen, mit den Worten: „Dieser da, der Schiller, hat auch einen Termin mit dem Herrn, der muß für mich etwas befinden, der kennt den Rolin genau.“ Schiller hatte allerdings an diesem Tage auf dem Amtsgericht Schrimm, jedoch in anderen Angelegenheiten, zu thun. Schiller machte von dem Anerbieten Gebrauch. In Kursk wollten die Angeklagten die Zeugin Ast abholen; diese war aber schon abgefahren und traf erst im Zeugenzimmer des Amtsgerichts Schrimm mit dem Angeklagten zusammen. Unterwegs instruierte die Neumann den Schiller über ihren Prozeß und bat ihn, Zeuge für sie zu sein. Sie sagte unter anderem: „Schiller, Sie wissen doch, daß ich am 1. Januar den Dienst bei Rolin angetreten habe.“ Auf seine verneinende Antwort fuhr sie fort: „Sie sind doch auch dagewesen zur Arbeit, also wissen Sie es ja, Sie können es beschwören.“ Im Zeugenzimmer verliefte Schiller auf Veranlassung der Neumann die Ast zu bestimmen, zu Gunsten der Neumann auszusagen: „Anna, stehen Sie auf der Seite Ihrer Seite, Sie kriegen 9 Gulden, der Termin soll zu Ende gehen.“ Die Ast ging beraus nicht ein, da sie ihr Gewissen nicht belassen wollte. Die Neumann hört das Gespräch schweigend an. Bald darauf bat Schiller die Neumann, indem er ihr die Faute streichelte, ihm ein Geldstück zu geben, damit er sich etwas laufe. Mit dem empfangenen Geldstück entfernte er sich sodann. Nach Vernehmung der Ast benannte die Neumann den im Gerichtsgebäude anwesenden Schiller als Zeugen. Das Gericht beschloß ihn sofort zu vernehmen. Nach Leistung des Zeugeneides sagte Schiller aus: „Ich weiß ganz genau, daß die Klägerin (Dienstmagd Bertha Neumann) am 1. Januar 1883 bei Rolin in Dienst getreten ist.“ Schiller stand zuerst von April 1881 bis April 1882 bei Rolin in Dienst, wurde wegen schlechter Führung entlassen und erst im Februar 1883 wieder aufgenommen. Die Neumann zog also in seiner Abwesenheit zu. Er gestest auch zu, nicht gespürt zu haben, wann die Neumann bei Rolin ihren Dienst angetreten habe; er habe die Sache nur durch die Neumann erfahren. Seine Belohnung ist aber auch objektiv falsch, denn die Rolin'schen Cheleute, die Gutsbewohnerin Monika Wartyska und die Tagelöhnerin Anna Ast befinden einstimmig, daß die Neumann erst einige Wochen nach Neujahr zu Rolin zugezogen sei. Das die Neumann sich wohl bewußt war, daß für ihren Prozeß die Feststellung der Zeit des Dienstantritts erheblich war, geht aus der Auferkennung hervor, welche sie unterwegs mache, als sie hörte, die Ast sei bereits zum Termine abgereist: „Das

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich und kühl. Nach gestrigem, starken Regen ist das Wetter heute ziemlich unverlässig und kühl und aus verschiedenen Gegenden verlautet, daß der Niederschläge schon zu viel gefallen seien. Der hiesige Verkehr eröffnete in Folge dessen für die meisten Artikel fest, nahm aber später vorherrschend matte Haltung an.

Loko-Wagen ruhig. Für Termine stand anfänglich ziemlich rege Kauflust, für spätere Sichten wenigstens, und demzufolge zahlte man von vornherein reichlich eine Mark höhere Kurse, welche dann noch eine kleine Besserung erfuhren. Als dann aber im weiteren Verlaufe Realisations-Angebot per Juli-August in den Markt trat, erwartete dieser wieder und schlossen alle Sichten, wie sie begonnen hatten.

Loko-Rogen ging zu behaupteten Preisen mäßig um. Auf den Terminhandel wirkten dieselben Eingangs erwähnten Motive um so günstiger, als wieder die verschiedenartigen vermehrten Prämienläufe fortgesetzt wurden. Später veranlaßte die Londoner Meldung "Wetter schön" und das hier steigende Barometer eine allgemeine Abschwächung, so daß der gesamte Fortschritt gegen vorgestern nicht mehr als 1 M. betrug.

Loko-Häfer preishaltend; feiner inländischer gefragt. Termine etwas matt. — Rogenmehl behauptet. — Mais fester.

Rübböl in fester Haltung. Preise konnten bei kleinem Geschäft eine Kleinigkeit anziehen. — Petroleum etwas teurer. — Spiritus in effektiver Waare dem Bedarf entsprechend zugeführt, notierte unverändert. Termine konnten eine anfängliche kleine Besserung bei ausförmendem Realisationsangebot nicht behaupten und schlossen genau wie vorgestern, eben matt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 23. Juni. Die heutige Börse eröffnete in verbülflichtmäßig fester Haltung zu ungewöhnlichen Schlusskursen des letzten Börsentages, die Tendenz schlug aber bald nach Öffnung um und die Kurse sämtlicher Spekulationswerthe verfolgten weichende Richtung. Es ist dies nicht sowohl den schwächeren Wiener Kurzmeldungen als den Abgaben Sitzen der hiesigen Contremie zuwider, der Verkehr war in Folge dessen auch Anfangs recht belebt, gestaltete sich aber gegen Schluss, als eine kleine Reprise eintrat, wiederum recht still.

Der Kapitalmarkt erhielt sich in guter Tendenz, ebenso die Kassa-

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm lolo 165—205 M. nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 172 M. per diesen Monat —, per Juni-Juli — M. per Juli-August 174 bez., per August-September — M. bez., per September-Oktober 178,5 bis 178 bez., per Oktober-November 180,5—180,25 bez. Gekündigt — Bentner. Kündigungspreis — M. Durchschnittspreis — M.

Rogen per 1000 Kilogramm lolo 142—155 nach Qualität, Lieferungsqualität 149 Mark, russischer — M. inländischer mittel 151, feiner 154 M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner — M. inländischer geringer — bez., per diesen Monat 149,5—149 bez., per Juni-Juli 148,5 bis 149 bez., per Juli-August 149,75—149 bez., per August-September — bez., per September-Oktober — M. bez., per Oktober-November 149,75—149 M. bez., per November-Dezember 149,5—149 M. bez. Gekündigt 31000 Bentner. Kündigungspreis 149,25 M. Durchschnittspreis — M.

Gerte per 1000 Kilogramm große und kleine 140—200 M. nach Qualität bez., Futtergerste — Mark bez.

Häfer per 1000 Kilogramm lolo 139—175 nach Dual, Lieferungsqualität 139 M. russischer mittel 140—146 M. ab Bahn und Kahn bez., guter — ab Boden, Kahn und Kahn bez., feiner 158—163 ab Bahn und Kahn bez., böhmischer — ab Kahn und Boden bez., per diesen Monat 141 nom., per Juni-Juli 139 M. bez., per Juli-August 136,5 M. bez., per August-September — M. bez., per September-Oktober 134,25 bez., Oktober-November — M. bez. Gekündigt — M.

Mais lolo 129—133 Mark bez. nach Qualität, per diesen Monat — bez. Gekündigt 4000 M. Kündigungspreis 128 Mark.

Elsen Kochware 183—230, Futterware 160—172 M. per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko vom 21. huj. 20,5 Mark nach Qualität, der diesen Monat und vor

Juni-Juli 20,75 M. per Juli-August 21 M. per August-September — M. per Septbr.-Oktober — Mark Gekündigt 1000 M. Kündigungspreis 20,30 M.

Lokomotiv-Kartoffelfäcke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Loko — G. per diesen Monat 20,50 G. per Juni-Juli 20,50 M. per Juli-August 20,75 M. per August-September — M.

Rogenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inkl. Sad. per diesen Monat und Juni-Juli 20,25—20,30, Juli-August 20,35 M. bez., August-September und September-Oktober 20,40 bez. Gekündigt 1000 Bentner. Kündigungspreis 20,30 Mark.

Weizenmehl Nr. 00 26,00—24,75, Nr. 0, 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 22,00—21,00. Rogenmehl Nr. 0 22,75—20,75, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 17,75 M.

Rübböl per 100 Kilogramm lolo mit Fas — M. ohne Fas —, per diesen Monat 55,8—55,7 bez., abgelaufene Anmeldungen — per Juni-Juli 55,7 M. per Juli-August — bez., per August-September — Mark, per September-Oktober 54,2 bez., per Oktober-November 54,4 M. per November-Dezember 54,5 M. Gekündigt 800 Bentner. Kündigungspreis 55,9 M. Durchschnittspreis — M.

Petroleum, raffinates (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fas in Posten von 100 M. Loko 23,5 M. per diesen Monat 23,5 M. per September-Oktober 23,5 bez., per Oktober-November 23,6 bez., per November-Dezember 23,7 bezahlt. Gef. — Kündigungspreis — M.

Spiritus. Ver 100 Liter a 100 pvt. = 10,00 Liter gvt. lolo ohne Fas 51,7 M. bezahlt, lolo mit Fas — bez., per diesen Monat 52—51,8 M. bez., per Juni-Juli und per Juli-August 52 bis 51,7 M. bez., per August-September 52,4—52,2 bez., per September-Oktober 51,3—51,5—51,3 bez., per Oktober-November 50,7 bis 50,8—50,7 bez., per November-Dezember 50—49,8 bez., Gekündigt 30,000 Liter. — Kündigungspreis 51,9 M. Durchschnittspreis — M.

wertthe der verschiedenen Geschäftszweige. Der Privatdiskont notierte 3½ pvt.

Kreditaktien gingen nach anfänglich fester Haltung mehrere Mark zurück, auch Lombarden waren niedriger, ebenso Franzosen. Die übrigen ausländischen Bahnen wichen ebenfalls etwas bei kleinen Umsätzen, auf diesem Gebiete wirkten die Nachrichten von Überschwemmungen in Ungarn ungünstig ein.

Von fremden Fonds machte sich ein kleines Angebot für russische Anleihen geltend, es notierten 8½ Russen etwas niedriger. Österreichische Renten hielten sich ziemlich stütz bei wenig veränderten Kursen.

Das Gebiet der deutschen und preußischen Staatsfonds zeigte in Folge des überaus stillen Verkehrs theilweise Kursschwächungen, da-

gegen waren preußische Prioritäten recht belebt, sowohl 4 pvt. wie 4½ pvt. Werthe.

Bantien trugen matte Haltung zur Schau, es stellten sich sowohl Diskonto-Kommanditanteile wie Deutsche und Darmstädter Bankaktien niedriger.

Der Industriemarkt zeigte keine einheitliche Tendenz. Montanwerthe waren schwach, Laura und Dortmund nachgebend.

Inländische Bahnen waren durchgehend matt, es waren namentlich Lübeck-Büchener, Ostpreußener und Marienburger, auf die lebhafte Angebote drückend wirkte.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Guilden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wachsels-Kurse.

| Amsterd. 100 fl. S. T. 3 | Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. S. T. 3 | London 1 Pf. S. T. 2 | Paris 100 Fr. S. T. 3 | Wien, östl. Währ. 8 T. 4 | Wetersb. 100 R. 3 W. 6 | Warsch. 100 R. 8 T. 6 |
|--------------------------|-------------------------------------|----------------------|-----------------------|--------------------------|------------------------|-----------------------|
| 100 fl. S. T. 3 | 100 Fr. S. T. 3 | 100 Fr. S. T. 2 | 100 Fr. S. T. 3 | 167,50 b | 203,50 b | 203,90 b |
| | | | | | | |

Geldsorten und Banknoten.

| Sovereigns vr. St. 20-Francs-Südl. 4,185 G | Dollars vr. St. 4,185 G | Imperials vr. St. 20,46 b | Engl. Banknoten 81,10 b | Frans. Banknoten 167,70 b | Russ. Noten 100 R. 205,10 b |
|--|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|-----------------------------|
| | | | | | |

Binden der Reichsbank.

Wchsel 4 pvt. Lombard 5 pvt.

Fonds- und Staats-Papiere.

| Dt. Reichs-Anl. 0,290 b | Kons. Preuß. Anl. 102,80 b | Anl. 103,10 b | Staats-Anleihe 101,70 b | Staats-Schuld. 99,90 G | Kurz- u. Neum. Schlu. 99,00 G | Berl. Stadt-Öblig. 101,70 b |
|-------------------------|----------------------------|---------------|-------------------------|------------------------|-------------------------------|-----------------------------|
| | | | | | | |

Pfandbriefe:

| Berliner 108,80 b | do. 105,50 b | do. 101,70 b | Landchaftl. Zentral. 102,00 b | Kurz. u. Neum. 97,75 G | do. neue 95,25 b | do. 102,00 G |
|-------------------|--------------|--------------|-------------------------------|------------------------|------------------|--------------|
| | | | | | | |

Wertschriften:

| Berliner 41,100 R. 41,100 G. | do. 41,100 R. 41,100 G. |
|------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| | | | | | | |

Post- und Telegraphen-Gebühren:

| Berl. 136,25 b | Brem. do. 180,40 G | Hamb. St.-Rente 31 | Södl. do. 83,50 b | Pr. Br.-Anl. 31 | Hei.-Sch. 40 T. | Bad. Br.-Anl. 1867 |
|----------------|--------------------|--------------------|-------------------|-----------------|-----------------|--------------------|
| | | | | | | |

Post- und Telegraphen-Gebühren:

| Berl. 27,00 b | Hei.-Sch. 29,15 G | Brem. 35 fl. | Hamb. 50 Tbl. | Södl. 7 fl. | Pr. Br.-Anl. 31 | Hei.-Sch |
|---------------|-------------------|--------------|---------------|-------------|-----------------|----------|
|---------------|-------------------|--------------|---------------|-------------|-----------------|----------|